



universität  
wien

Larissa Dürtscher

## **Österreich & Äthiopien: Entwicklungszusammenarbeit mit Hürden**

Forschungsseminar Archive des Helfens? Schwerpunktländer und  
Partnerschaftsabkommen der österreichischen EZA, Studienjahr 2017

Wien, 2018

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
2. Einführung, historischer Hintergrund und Etablierung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit .....	3
2.1. Geschichte Äthiopiens .....	3
2.2. Bilaterale Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich .....	6
2.3. Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien .....	9
2.3.1. Österreichs staatliche Entwicklungszusammenarbeit .....	11
2.3.2. Österreichs private Entwicklungszusammenarbeit .....	14
3. Hürden der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien .....	16
4. Zusammenfassung .....	26
5. Literatur- & Quellenverzeichnis.....	28

## 1. Einleitung

Schon seit recht langer Zeit verbinden wirtschaftliche, kulturelle und politische Angelegenheiten die beiden Länder Äthiopien und Österreich. Ab den 1980er Jahren haben sich diese zwischenstaatlichen Beziehungen nochmals intensiviert, denn seither sind staatliche und private Organisationen aus Österreich in Äthiopien im 'Entwicklungseinsatz'.

Geschichtlich hat Äthiopien im letzten Jahrhundert einige Veränderungen durchgemacht – von einem aristokratischen Feudalsystem bis hin zu einem äthiopischen Sozialismus. (Vgl. ÖFSE 2000: 6) Diese Veränderungen blieben auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nicht unbemerkt. Seit den Wahlen Anfang der 2000er Jahre und dem zunehmenden Machtgewinn der Regierungspartei EPRDF (Äthiopische Volksrevolutionäre Demokratische Front) wird auch die Arbeit für Entwicklungsorganisationen zusehends schwieriger, denn die äthiopische Regierung setzt auf zentrale, hierarchische Führung unter starker Kontrolle. (Vgl. Interviewpartner\_in<sup>1</sup> 2 2017: 65)

Diese sehr starke und prominente Rolle der äthiopischen Regierung in Entwicklungsprojekten sowie die strengen Regeln für private Entwicklungsorganisationen und die intensive staatliche Kontrolle verhindern die Umsetzung mancher Projekte und verlangsamen die entwicklungspolitischen Erfolge (vgl. Interviewpartner\_in 3 2017: 237).

In der vorliegenden Arbeit möchte ich zunächst in die geschichtlichen sowie entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich einführen. Dafür ist es zunächst nötig, die Meilensteine der äthiopischen Geschichte des letzten Jahrhunderts darzulegen. Im Anschluss daran werde ich die bilateralen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern aufarbeiten, um dann genauer auf die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Äthiopien zu sprechen zu kommen, die ich in die Bereiche staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit unterteilen werde.

Der zweite Teil der Arbeit handelt von den Hürden, Problemen beziehungsweise Schwierigkeiten, die sich im entwicklungspolitischen Arbeitsbereich in Äthiopien ergeben. Für diesen Teil habe ich Interviews mit mehreren Personen durchgeführt, die für Österreich im Entwicklungsbereich mit Äthiopien beziehungsweise der äthiopischen Regierung zusammenarbeiten. Durch die Erkenntnisse dieser Gespräche werde ich im Weiteren darlegen, welche Verhaltensweisen oder Regelungen die größten Schwierigkeiten

---

<sup>1</sup> Verwendung des Gender Gap für eine geschlechtersensible Schreibweise (Vgl. Fischer, Wolf 2009: 5)

in der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien bereiten, wie man mit diesen Hürden umzugehen versucht und wie eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen österreichischen Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen und äthiopischer Regierung aussehen könnte.

## **2. Einführung, historischer Hintergrund und Etablierung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit**

### **2.1. Geschichte Äthiopiens**

Um die vielschichtigen Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich gut nachvollziehen zu können, ist es wichtig, sich einen Einblick in die Geschehnisse in Äthiopien in den letzten hundert Jahren zu verschaffen. Denn, wie sich im Nachfolgenden zeigen wird, standen im letzten Jahrhundert einige Umwälzungen und Veränderungen auf dem Plan.

So konstant die diplomatischen, wirtschaftlichen als auch entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich waren (wie im Verlauf der Arbeit noch ersichtlich werden wird), so unkonstant war die äthiopische Regierungsführung.

In Äthiopiens Geschichte wechselten einander die beiden christlichen Kulturen der Tigre und der Amhara in der zentralen Machtausübung immer wieder ab. Von besonderem Interesse – auch im Hinblick auf die Rolle Österreichs beziehungsweise die zwischenstaatlichen Beziehungen – ist die Zeit gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der die äthiopische Bevölkerung eine ganze Reihe an politischen Veränderungen durchlebt hat.

Unter der Führung von Menelik II (1889 bis 1913) wurden die Region Ogaden (Südprovinzen) erobert und eine Eigenständigkeit gegenüber der Kolonialmacht Italien konnte sichergestellt, eine Besetzung von ebendieser Kolonialmacht in den Jahren 1935 beziehungsweise 1936 bis 1941 allerdings nicht verhindert werden. (Vgl. ÖFSE 2000: 6)

Nach Menelik II kam dann von 1916 bis 1974 Haile Selassie an die Macht, der „ansatzweise einen – allerdings mit starker imperialer Zwangsgewalt und Amharisierung<sup>2</sup> versehenen – modernen Staat [...]“ entwickelte (ÖFSE 2000: 6).

Das jahrhundertlang andauernde aristokratische Feudalsystem wurde nach einer großen Hungersnot in den Jahren 1973 sowie 1974 im Jahr 1974 durch einen Militärputsch beendet und durch den Militärrat DERG (Amharisch für „Komitee“) in einen äthiopischen Sozialismus unter amharischer Vorherrschaft umgewandelt. Die Folge waren große gesellschaftliche Umwälzungen, wie zum Beispiel die Verstaatlichung des Bodens, der Banken und der Industrien sowie Alphabetisierungskampagnen und Reformen des Arbeitsrechts. (Vgl. ÖFSE 2000: 6)

---

<sup>2</sup>Die Amhara sind eine von mehreren äthiopischen Bevölkerungsgruppen.

1991 setzte sich der von Tigrinya geführte EPRDF (*Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front*) in einer bewaffneten Auseinandersetzung gegen das autoritäre Regime von Mengistu Haile Mariam durch. Danach stand ein ökonomischer und sozialer Reformprozess in Äthiopien an, der sich im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des IMF vollzog (vgl. ÖFSE 2006: 4).

Zwei Jahre später, im Jahr 1993, erreichte Eritrea durch eine Volksabstimmung die Unabhängigkeit von Äthiopien. Die Jahre 1994 sowie 1995 waren dann für die äthiopische Bevölkerung abermals von Veränderungen gekennzeichnet: eine neue Verfassung wurde erarbeitet, welche Äthiopien zu einer „parlamentarischen Bundesrepublik mit weitreichender Selbstständigkeit der Regionen (auch dem Recht des Austritts) machte.“ (ÖFSE 2000: 6)

Obwohl mit der Übernahme der Übergangsregierung Pressefreiheit herrschte und auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in die Übergangscharta aufgenommen wurde, gab es in den Jahren zwischen 1991 und 1993 sehr häufig willkürliche Verhaftungen, Hinrichtungen und Folterungen. Diese Missachtungen wurden allerdings nur selten sanktioniert. Obwohl die Übergangsregierung in ihrer vorläufigen Charta die Rechte auf Gewissens- und Meinungsfreiheit sowie auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit besonders hervorhob, sah die Praxis allerdings so aus, dass diese grundlegenden Rechte der äthiopischen Bevölkerung nicht nur nicht gewährt, sondern sogar eingeschränkt wurden. (Vgl. ÖFSE 1995: 3)

Im Mai und Juni 1995 standen in Äthiopien die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Regionalparlamenten an, die die EPRDF erneut positiv für sich entscheiden konnte. Ein weiterer Grund für den Wahlerfolg der EPRDF war, dass viele wichtige oppositionelle Gruppen die Wahl boykottierten. Dieser Umstand kennzeichnete auch die politische Situation Äthiopiens für die nächsten Jahre: „Das neue parlamentarische Regierungssystem im Rahmen einer föderalen Republik wird von der repressiven Dominanz der EPRDF und dem Boykott der großen Oppositionsparteien wie z.B. der OLF [Oromo Liberation Front] geprägt, wodurch die demokratische Qualität zweifelhaft blieb.“ (ÖFSE 2000: 7). Und diese zweifelhafte demokratische Qualität äußerte sich in den Folgejahren auch in Einschränkungen der Pressefreiheit sowie Menschenrechtsverletzungen. (Vgl. ÖFSE 2000: 7)

Die Unabhängigkeit Eritreas im Jahr 1993 ging zudem nicht konfliktfrei über die Bühne: 1998 führten Grenzstreitigkeiten zwischen Äthiopien und Eritrea zu Kämpfen um einige Grenzgebiete. Dieser Disput zwischen den beiden Ländern dominierte auch das Jahr 2000

und die äthiopische Armee drang zum Teil sehr weit in eritreisches Gebiet vor. Eritrea war allerdings nicht das einzige angrenzende Land, mit dem Äthiopien Konflikte hatte. Im Jahr 1999 gab es ebenfalls Streitigkeiten mit Somalia.

All diese kriegerischen Konflikte mitsamt dem Zusammenbruch des Exports (Kaffee, Erdölprodukte, Gold sowie Häute und Felle) und dem Rückzug eritreischer Geschäftsleute sowie die Dürreperiode in den Jahren 1999 und 2000 ließen Äthiopien in die nächste Schwierigkeit schlittern: sehr schlechte Ernährungslage der äthiopischen Bevölkerung, Rückgang der wirtschaftlichen Erfolge, neue Steuern und Verstimmungen auf Seiten der 'Geber'. (Vgl. ÖFSE 2000: 7,10)

Im Jahr 2001 zeigte sich, dass Äthiopien fast dreimal so viele Auslandsschulden wie Exporteinnahmen hatte und wurde deshalb in das Programm zur Entschuldung der ärmsten Länder von Weltbank und IWF aufgenommen, der sogenannten HIPC II Initiative. Dabei wurden Äthiopien 47 Prozent der Auslandsschulden bei öffentlichen Gebern erlassen. Aufgrund der immer wiederkehrenden Dürreperioden sowie der starken Abhängigkeit vom Weltmarktpreis für Kaffee haben sich seither schon wieder große Summen an Neuverschuldung angehäuft. (Vgl. ÖFSE 2006: 5)

Im Mai 2005 standen Wahlen in Äthiopien an und erneut erklärten sich Zenawi und seine Partei EPRDF zu Siegern. Ebenso wie bei den Wahlen Mitte der 1990er Jahre sprachen auch hier internationale Wahlbeobachter\_innen und die Opposition von massiven Manipulationen. (Vgl. ÖFSE 2006: 2) So ist auch im ÖFSE Bericht des Jahres 2009 zu lesen, dass die umstrittenen Wahlen „[...] zu Unruhen, einer stärkeren Repression gegen die Opposition und in weiterer Folge auch zu einer restriktiveren Gesetzgebung bezüglich Medienfreiheit und politischer Aktivitäten“ führten (ÖFSE 2009: 2).

Im Jahr 2008 gab es Nachwahlen. Diese wurden von der machthabenden Regierungspartei erneut gewonnen, allerdings wurden Oppositionsparteien entweder von der Wahl ausgeschlossen oder diese boykottierten die Wahlen abermals. (Vgl. ÖFSE 2009: 2) Vaughan und Tronvoll kommen bezüglich der äthiopischen Wahlen zu folgendem Urteil: „A body of recent case studies of electoral practice indicates that the operation of the political system in many parts of the country is as to make it difficult for opposition parties and candidates to use the liberal democratic provisions of the constitution and relevant legislation effectively to challenge the dominance of the ruling party. The studies document a range of tactics which commonly disadvantages the opposition prior to and during elections.“ (Vaughan, Tronvoll 2003: 19)

Beim Grenzkonflikt mit Eritrea, der noch einige Jahre dauerte, scheiterten die Versuche einer diplomatischen Lösung des Konflikts. Die Vereinten Nationen entschieden Mitte des Jahres 2008, die Truppen der Mission UNMEE (*United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea*) abzuziehen: „Im Zuge des Abkommens von Djibouti im Oktober [sic!] 2008 beschloss Äthiopien sich aus dem Nachbarschaftsstaat zurückzuziehen und die Grenzen stärker zu sichern.“ (ÖFSE 2009: 2)

Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat und vereint über 30 ethnische Gruppen, die unterschiedlich groß sind. Zu den größten ethnischen Gruppen zählen die Oromo in Zentraläthiopien und im Süden sowie die Amharen und Tigre im Norden Äthiopiens. (Vgl. Benzing, Wolde-Giorgis 1980: 11) Nach einer Woche voller gewalttätiger Demonstrationen der Volksgruppen Oromo und Amhara rief die äthiopische Regierung zwischen Anfang Oktober 2016 und August 2017 den Ausnahmezustand aus. Grund für die Unruhen, die schon im November 2015 begonnen hatten, war, dass sich die beiden größten Volksgruppen von der Regierung diskriminiert fühlten. (Vgl. ZEIT ONLINE 2016) Nach Benzing und Wolde-Giorgis ist dies bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein großes Problem, denn schon damals hatte die herrschende Macht begonnen das übrige Volk durch „spezifische Formen der kulturellen und religiösen Unterdrückung [...]“ einzuschränken (1980: 13).

## ***2.2. Bilaterale Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich***

Äthiopien, das Land am Horn Afrikas, wurde offiziell erst im Jahr 1993 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. ADA 2016: 6).

Es gibt verschiedene Ansichten, warum Äthiopien als Fokusland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ausgewählt wurde. Jemand, der die vor einiger Zeit eine leitende Funktion im österreichischen EZA-Bereich hatte, meint dazu, dass es sich bei diesem Auswahlprozess um 'hohe Politik' handelte, die 'nach unten' nicht kommuniziert wurde (vgl. Interviewpartner\_in 5 2017). Eine weitere Person, die eine Führungskraft in einer Entwicklungsorganisation ist, merkt dazu an, dass Ostafrika ein regionaler Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit war und Äthiopien eines der ärmsten Länder der Welt ist. Somit war es im entwicklungspolitischen Bereich sinnvoll, Äthiopien als Fokusland in die Entwicklungszusammenarbeit in Österreich zu integrieren. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 15-22)

Fakt ist, dass Beziehungen zwischen Österreich und Äthiopien schon weitaus früher als



1993 bestanden. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde damit begonnen, diplomatische Kontakte zwischen Österreich und Äthiopien zu etablieren. Aber auch rege wirtschaftliche Kontakte zwischen diesen beiden Ländern entstanden schon sehr früh. Österreich war zwar kein Kolonisator, allerdings stellte es ein sehr wichtiges Land im Hinblick auf Handelsbeziehungen mit der 'arabischen und afrikanischen Welt' dar. (Vgl. ÖFSE 1995: 18) Die lebhaften Handelsbeziehungen mit Äthiopien führten im Jahr 1905 zu einem Abschluss eines Handelsvertrages: „On 21 March 1905 a >>Treaty of Friendship and Commerce<< was signed by Emperor Menelik II and Captain Höhnel.“ (Agstner 2007: 16).

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten in Addis Abeba mangels eigenem Konsulat von Italien repräsentiert. Österreich war damals damit der einzig größere (Handels)Partner Äthiopiens, der weder eine Botschaft noch ein Konsulat in der Hauptstadt Äthiopiens hatte. (Vgl. Agstner 2007: 17f)

Im Jahr 1912 entstand dann mit Einverständnis von Kaiser Franz Joseph das erste österreichische Konsulat in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba, welches nach seiner baldigen Schließung auf Grund des Ersten Weltkrieges im Jahr 1923 wieder seinen gewohnten Aufgaben nachging. Ein weiterer Vertrag, erneut ein Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Äthiopien und Österreich, wurde im Jahr 1926 abgeschlossen. Sowohl die vorübergehende Besetzung Äthiopiens durch die italienische Kolonialmacht (siehe Kapitel 1.1 'Geschichte Äthiopiens') als auch der zweite Weltkrieg änderten nichts an den regen wirtschaftlichen Kontakten, die zwischen Äthiopien und Österreich bestanden.

Allerdings schloss das Konsulat auch während des Zweiten Weltkrieges seine Pforten, wurde jedoch, nach einem Wien-Besuch von Haile Selassie, dem damaligen Kaiser Äthiopiens, im Jahr 1954, 1956 wiedereröffnet und 1964 in eine Botschaft umgewandelt. (Vgl. ÖFSE 1995: 18)

So konnten Äthiopier\_innen, die nach Österreich reisen wollten ihr Visum und Österreicher\_innen, die einen neuen Pass benötigten, dies direkt in Addis Abeba beantragen und mussten nicht wie zuvor zur Botschaft nach Kairo reisen (vgl. Agstner 2007: 44).

Ende der 1940er Jahre kam eine äthiopische Mission nach Europa, die auf Verlangen von Machthaber Haile Selassie versuchten, europäische Ärzt\_innen für Äthiopien anzuwerben. Diesem Aufruf folgten tatsächlich über 15 österreichische Ärzte, die laut Agstner damit großteils versuchten, ihre nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich zu lassen, um dafür nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. (Vgl. 2007: 36f)

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem neuen sozialistischen Militärregime Äthiopiens stellten sich als problemlos dar, allerdings waren sie nicht mehr so intensiv, da sehr unterschiedliche politische Orientierungen bestanden. Dennoch gab es in diesem Zeitraum wirtschaftliche und diplomatische Aktivitäten zwischen Äthiopien und Österreich, wie zum Beispiel das Luftverkehrsabkommen im Jahr 1983 oder der Österreich-Besuch einer äthiopischen Delegation mitsamt stellvertretendem Ministerpräsidenten Tesfaye Dinka im Jahr 1987. Die Jahre 1988 und 1989 schienen der Wirtschaft gewidmet zu sein und so wurden in diesen Jahren die äthiopisch-österreichische Zusammenarbeit im Industriebereich besprochen. Die bestehenden diplomatischen Beziehungen überstanden auch den erneuten Regimewechsel im Jahr 1991 weitestgehend unbeschadet. (Vgl. ÖFSE 1995: 18)

1992 beschloss die äthiopische Regierung die Botschaften in Prag und Budapest zu schließen und stattdessen eine Botschaft in Wien zu eröffnen. Dieser Schritt war sicher der bedeutenden geografischen Lage Wiens geschuldet, ist hier doch ein Sitz der Vereinten Nationen. (Vgl. Agstner 2007: 52)

Auch österreichische Wahlbeobachter\_innen, die die Vorgänge bei diversen äthiopischen Wahlgängen dokumentierten, gehören zur Geschichte bilateraler Beziehungen zwischen Österreich und Äthiopien. In der Mitte der 1990er Jahre bildete der Äthiopienbesuch des damaligen österreichischen Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Schallenberg, ein Höhepunkt österreichisch-äthiopischer Beziehungen (vgl. ÖFSE 1995: 18ff).

Aber nicht nur diplomatische und wirtschaftliche Verbindungen charakterisieren die äthiopisch-österreichische Beziehung. Ebenso bestanden auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene schon zu Zeiten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie intensive Verbindungen. Und auch die katholische Kirche pflegt seit 1964 mit ihrer Stiftung 'Pro Oriente' ausführliche Kontakte zu Äthiopien beziehungsweise zur äthiopischen Kirche. Zwischen 1983 und 1991 gab es auch eine „Gesellschaft Österreich – Sozialistisches Äthiopien“, die es sich zur Aufgabe machte, die österreichisch-äthiopischen Beziehungen (freundschaftlich, kulturell, sportlich, wirtschaftlich) zu fördern. (Vgl. ÖFSE 1995: 18)

„In Zusammenarbeit mit der ADA und der WKÖ fanden in Wien Wirtschaftsforen für Äthiopien statt, bei der jeweils eine äthiopische Delegation als auch Unternehmen aus Österreich, der Slowakei und Ungarn anwesend waren. Auch kam es zu weiteren Wirtschafts- und Investitionsmissionen nach Addis Abeba, bei der teilnehmende

Unternehmen aus Österreich zahlreiche Gespräche mit ausgesuchten Wirtschaftspartnern führten, 2007 beteiligten sich österreichische Unternehmen an der Internationalen Messe der Handelskammer Addis Abeba.“ (ÖFSE 2009: 26).

2009 traf der österreichische Außenminister Spindelegger im Rahmen einer Afrikareise mit dem äthiopischen Wirtschaftsminister zusammen, um über finanzielle Rahmenbedingungen der zukünftigen Zusammenarbeit zu sprechen (vgl. ÖFSE 2009: 12).

Aber nicht nur wirtschaftlich und kulturell versuchte man in Österreich die Verbindungen zu Äthiopien aufrecht zu erhalten beziehungsweise zu intensivieren. Auch im touristischen Bereich gab es intensive Kontakte, nicht zuletzt, weil Österreich lange Zeit im Hinblick auf Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien den Fokus auf Tourismus legte (mehr dazu im Kapitel 1.3. 'Geschichte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien'). Im Jahr 2005 fand eine Mission österreichischer Reiseunternehmen nach Äthiopien statt, um das touristische Potenzial für die Fremdenverkehrswirtschaft Österreichs zu erschließen. (Vgl. ÖFSE 2009: 26)

Neben wirtschaftlichen, kulturellen sowie touristischen Verbindungen zwischen Österreich und Äthiopien spielen wissenschaftliche Kooperationen auch eine Rolle. Ein Forschungsteam rund um Horst Seidler (Institut für Anthropologie an der Universität Wien) hat zum Beispiel im Jahr 2004 in Äthiopien Überreste der Vorfahren von ‚Lucy‘ gefunden. Bisher nur in Kenia entdeckte Fossilien dieser Art haben für die Forschenden die Lücken im Wissen um die menschliche Geschichte gefüllt. In Österreich untersucht, im Nationalmuseum in Addis Abeba ausgestellt, führten diese Leistungen zum Abschluss eines Vertrages über weitere drei Jahre wissenschaftlicher Kooperation zwischen der damaligen österreichischen Bildungsministerin Elisabeth Gehrler und dem äthiopischen Minister für Bildung und Wissenschaft, Wondossen Kiflu. (Vgl. derStandard.at 2004)

### **2.3. Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien**

In Äthiopien hat das *Ministry of Finance and Economic Development* (MEDaC) die Gesamtverantwortung für die Koordination und wirtschaftliche Planung der Entwicklungsleistungen von bilateralen sowie multilateralen Gebern (vgl. ÖFSE 2009: 6). Neben dem MEDaC gibt es auch noch die *Disaster Prevention and Preparedness Commission* (DPPC), die die Leistungen, die als 'Nothilfe' gelten, steuert (vgl. ÖFSE 2003: 20).

Die äthiopische Regierung arbeitet seit vielen Jahren an eigenen Entwicklungsprogrammen, die in einem bestimmten Zeitraum umgesetzt werden sollen. Internationale Geber sowie private NGOs versuchen ihre Projekte in Einklang mit den Entwicklungsvorstellungen der äthiopischen Regierung zu bringen. So begann die äthiopische Regierung zum Beispiel Mitte der 2000er Jahre mit ihrem 'Fünfjahresplan der EPRDF für Entwicklung, Frieden und Demokratie' die Problemsektoren Armut, Ernährungssicherheit, Wasser (sowohl Wasserversorgung als auch Bewässerung), Gesundheit und Bildung, Bodenerosion und Bodenreform, Infrastruktur, Verschuldung, schwacher Privatsektor und niedrige Exporte anzugehen (vgl. ÖFSE 2006: 4).

Ebenso begann Äthiopien im Jahr 2000 an einem Programm zur Reduzierung von Armut (PRSP) zu arbeiten. Im Jahr 2002 legte die Regierung das '*Sustainable Development for Poverty Reduction Program*' (SDPRP) vor und bereits Ende 2003 veröffentlichte sie einen ersten Bericht über die Fortschritte dieses Programms: „Die zivilgesellschaftliche Beteiligung bei der Erstellung der PRS sowie der bisherigen Umsetzung und des Monitorings ist schwach. Der PRSP-Prozess in Äthiopien ist sehr deutlich in der Hand der Regierung.“ (ÖFSE 2006: 5).

Um den *Poverty Reduction Prozess* voranzubringen, wurde es immer wichtiger, dass sich nicht nur die Geber untereinander koordinieren, sondern dass ihre Arbeit auch in Einklang mit der Arbeit der Regierung gebracht wird. Dafür wurde die '*New Partnership Architecture*' gegründet, an welcher sich auch Österreich beteiligt. Dabei soll von Österreich vor allem die „internationale Zusammenarbeit in den beiden Schwerpunktregionen North Gonda und Somali Region unterstützt werden.“ (ÖFSE 2006: 13).

Im ÖFSE Bericht des Jahres 2009 wird davon gesprochen, dass sowohl wirtschaftliche als auch politische Veränderungen und Reformen der vergangenen Jahrzehnte der äthiopischen Bevölkerung Verbesserungen in den Bereichen politische Stabilität, Demokratieentwicklung und in einzelnen Wirtschaftssektoren brachten. Allerdings seien diese Anstrengungen immer wieder durch Kriege mit Nachbarregionen sowie makroökonomischen Rahmenbedingungen stark beeinträchtigt worden (vgl. 2009: 6).

Nach zwei Fortschrittsberichten des SDPRP in den Jahren 2003 sowie 2005 arbeitete die Regierung 2006 dann eine Nachfolgestrategie für die Jahre 2005 bis 2010 aus, den *Plan for Accelerated and Sustainable Development to End Poverty* (PASEDP) (vgl. ÖFSE 2009: 6).

Die politischen Unruhen, die die Wahlen im Jahr 2005 mit sich brachten, führten dazu,

dass mehrere Geber ihre allgemeine Budgethilfe für Äthiopien aussetzten. Im Jahr 2006 wurde daraufhin von Geberseite das Programm *Protection of Basic Services* (PBS) initiiert: „Das PBS-Programm ersetzte die zuvor direkt an die äthiopische Regierung ausgezahlte allgemeine Budgethilfe und sollte sicherstellen, dass Basisdienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Landwirtschaft trotz des Aussetzens der Budgethilfe unterstützt werden können.“ (ÖFSE 2009: 7)

Anfang der 2000er Jahre startete die äthiopische Regierung die *Agricultural-Development-Led Industrialization* (ADLI). Damit will sie versuchen, die herrschende Armut in erster Linie durch eine Steigerung der Einkommen der ländlichen Bevölkerung zu verringern. (Vgl. ÖFSE 2009: 6) Mittels dieser Herangehensweise „sollen Grundlagen für die Schaffung bzw. Stärkung der äthiopischen Industrie gelegt werden. In diesem Zusammenhang hat die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren einen besonderen Stellenwert bekommen.“ (ÖFSE 2009: 6). Auch durch den hohen Anteil an Äthiopiens junger Bevölkerung, sowie die jährlich 3 Millionen Jugendlichen, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen, ist die Ausrichtung der Regierung, Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben, ein Schritt, der auch in der Bevölkerung gutgeheißen wird (vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 275).

### 2.3.1. Österreichs staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Obwohl Äthiopien offiziell erst im Jahr 1993 zum Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde, setzte die Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene schon im Zeitraum 1960 bis 1970 ein (vgl. ÖFSE 1995:19). Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Äthiopien spielte sich zu Beginn in den Bereichen Trainingskurse für äthiopische Polizist\_innen und Zollbeamte sowie mit Kooperationen mit Äthiopiens staatlicher Elektrizitätsgesellschaft ab. In den nachfolgenden Jahren wurden auch Stipendien an äthiopische Akademiker\_innen vergeben. (Vgl. ÖFSE 2000: 18)

Im Jahr 1983 wurde von österreichischer Seite dann zum ersten Mal Nahrungsmittelhilfe für Äthiopien bereitgestellt. Was dann erneut zu Zeiten der Dürre- und Hungersnot in den Jahren 1984 und 1985 erfolgte. Ebenso wurden Äthiopien geeignete Transportmittel zur Verfügung gestellt. Der österreichische Staat unterstützte in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen ebenfalls mehrere Male die Flüchtlingsrückführung (Vgl. ÖFSE 2000: 18)

Äthiopien wurde bereits Ende der 1980er Jahre als Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet, noch bevor es 1993 offiziell ein solches wurde. Dabei konzentrierten sich die Hilfsleistungen des österreichischen Staates ab Ende der 80er auf zwischenstaatliche Projekte, wie zum Beispiel beratende Tätigkeiten in der Energiewirtschaft, Steyr-LKW-Projekte mit zusätzlicher Mechaniker\_innenausbildung, fortlaufende Nahrungsmittelhilfe, Flüchtlingsrückführungen oder auch Beteiligung an Wahlhilfeprojekten der UNDP. Mitte der 1990er Jahre wurde Äthiopien dann zum Focus-Staat im Rahmen des Konzepts „Africa 2000“ und so wurden ab 1995 viele Kleinprojekte wie Saatgut, Solarzellenversuchsprojekte usw. vom österreichischen Staat gefördert. (Vgl. ÖFSE 2000: 19)

Nach einem Staatsbesuch des äthiopischen Außenministers im Jahr 1995 schlossen Österreich und Äthiopien ein bilaterales Entwicklungszusammenarbeitsprogramm ab und 1996 wurde ein Koordinationsbüro in der österreichischen Botschaft in Äthiopiens Hauptstadt eingerichtet (vgl. ÖFSE 2000: 15). Mit diesem bilateralen EZA-Programm wurden Formalitäten geklärt, um die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Kultur und der Wissenschaft durch Besuche hochrangiger Politiker\_innen beider Seiten zu koordinieren und zu verstärken (vgl. ÖFSE 2017). Außerdem wurden im Rahmenprogramm die Schwerpunktregionen amharischer und somalischer Bundesstaat festgelegt. Als sachliche Schwerpunkte wurden das Gesundheitswesen, die Viehzucht im Ogaden und in den Simienbergen, Tourismusberatung sowie Umweltschutz, das Nationalparkprojekt, die Energie und Wasserkraft, Dezentralisierung sowie Demokratisierung, ländliche Basisentwicklung und Wissenschaftskooperationen genannt (vgl. ÖFSE 2000: 19).

Im Jahr 1997 wurden dann mehrere Projektabkommen in den Schwerpunktsektoren abgeschlossen und im Bereich der Gesundheitsfürsorge wurde mit anderen Geberländern sowie der Weltbank ein Regierungsprogramm gestartet. Außerdem kam es im Genderbereich (der bis heute noch eine tragende Rolle in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit spielt) zu Verfassungsvereinbarungen betreffend Frauenförderung in unterschiedlichen rechtlichen Bereichen. (Vgl. ÖFSE 2000:19)

In den 1990er Jahren kreiste die Arbeit im Bereich der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit um die Themen Energie, Landwirtschaft sowie ländliche Entwicklung, ökologischer Tourismus, Gesundheitswesen, Frauenförderung und Demokratieentwicklung. Allerdings wurde dann im ersten Landesprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 1998 bis 2000 die Zahl der Schwerpunktbereiche reduziert. So waren in diesem Zeitraum vor allem die Sektoren

Energie, Gesundheitsfürsorge, ökologischer Tourismus sowie Gender und Demokratie für die ÖEZA von Bedeutung. (Vgl. ÖFSE 2000: 20)

Bis ins Jahr 2002 unterstützten österreichische Militärbeobachter die UN-Mission UNMEE (vgl. ÖFSE 2006: 9). Um die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Äthiopien weiter zu stärken bietet das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten seit 1997 Völkerrechtsseminare in den Bereichen Diplomatenrecht, internationales Wasserrecht und internationales Humanitäres Recht im äthiopischen Außenministerium an (vgl. ÖFSE 2003: 27).

Das zweite Landesprogramm für die Jahre 2001 bis 2003 fokussierte auf das Thema der Armutslinderung. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sollte sich in diesen drei Jahren auf vier Teilprogramme beschränken: Gesundheit, Nahrungsmittelsicherung, Energie und die Gleichstellung von Mann\_ und Frau\_ sowie Demokratie. (Vgl. ÖFSE 2003: 28)

Der Bereich der Tourismusförderung wurde aus dem zweiten Landesprogramm gestrichen, da nach einer Prüfung des ersten Landesprogramms der Jahre 1998 bis 2000 feststand, dass der Bereich Tourismus „mittelfristig keine Entwicklungsoption des Landes darstellt.“ (ÖFSE 2003: 28).

Allgemein lässt sich sagen, dass sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in den 2000er Jahren vor allem auf umfassende sektorale Entwicklungsprogramme konzentrierte, die von der äthiopischen Regierung für die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Gesundheit sowie Nahrungsmittelsicherheit formuliert wurden (vgl. ÖFSE 2006: 5). Dabei konzentrierte sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit in der Zeit vor allem darauf, einen Beitrag zur Armutslinderung zu leisten sowie die (im dritten Landesprogramm bis 2006 festgelegten) Teilprogramme Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit, Energie und Gender sowie Demokratieförderung zu unterstützen (vgl. ÖFSE 2006: 11).

Im dritten Landesprogramm (2004 bis 2006) sah die österreichische Entwicklungszusammenarbeit vor, einen Beitrag zur Armutslinderung zu leisten sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Äthiopien zu intensivieren und auszuweiten, denn diese galten als ausbaufähig. Aus diesem Grund wurden und werden gegenseitig Wirtschaftsmessen besucht sowie veranstaltet. Ebenso sollte zwecks Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen für österreichische Firmen die Option bestehen, direkt in Projekten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien mitzuarbeiten. Das gegen Ende des Jahres 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen

Österreich und Äthiopien über die Förderung sowie den Schutz von Investitionen diente ebenfalls der Förderung wirtschaftlicher Beziehungen. (Vgl. ÖFSE 2006: 19)

Im Kooperationsprogramm für die Jahre 2008 bis 2012 einigte man sich darauf, die Leistungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf nur noch zwei Kernbereiche zu konzentrieren, nämlich auf Gesundheit sowie ländliche Entwicklung beziehungsweise Ernährungssicherheit. Die laufenden Projekte in den Bereichen Gender und Demokratie, Energie, humanitäre Hilfe, Wirtschaftspartnerschaften, multilaterale Arbeit, Stipendien und Förderungen von NGOs, die in früheren Programmen schwerpunktmäßig Berücksichtigung fanden, wurden ergänzend zu den zwei Kernbereichen des Kooperationsprogramms für die Jahre 2008 bis 2012 weitergeführt. (Vgl. ÖFSE 2009: 15)

Für das Landesprogramm der Jahre 2014, 2015 und 2016 entschied sich Österreich dazu, vorwiegend zu zwei Schwerpunkten zu arbeiten: der erste Schwerpunkt handelt von den Bereichen der Ernährungssicherung, Landnutzung sowie des nachhaltigen Ressourcenmanagements, der zweite Schwerpunkt betrifft öffentliche Dienstleistungen auf lokaler Ebene. In der Region Nord-Gondar, die schon sehr früh zum Fokus-Gebiet der OEZA wurde, sollten „Kapazitäten gestärkt sowie die die [sic!] regionalen und lokalen Partner ermächtigt werden. Dadurch sollte zur Eigenverantwortung für die gemeinschaftliche Planung und Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen, zur Orientierung an den konkreten Bedürfnissen und artikulierten Interessen der Bevölkerung sowie der direkten Beteiligung der Zielgruppen beigetragen werden.“ (ÖFSE 2017).

### 2.3.2. Österreichs private Entwicklungszusammenarbeit

Private Hilfsleistungen für Äthiopien begannen in den 1970er Jahren zu fließen. Vor allem während der Dürre- und Hungerkatastrophe in den Jahren 1984 beziehungsweise 1985 fanden die Leistungen privater Geber wie CARITAS, Volkshilfe, Malteser Orden oder Rotes Kreuz ihren Höhepunkt. In diesem Zeitrahmen entstand auch die Organisation „Menschen für Menschen“ von Karlheinz Böhm. Wollte diese zu Beginn eigentlich nur Nothilfe leisten, bestand sie dann aber als Entwicklungshilfeorganisation weiter. Auch ein SOS-Kinderdorf wurde in dieser Zeit in Äthiopien errichtet. (Vgl. ÖFSE 2002: 24)

Andere private Entwicklungsorganisationen, die in Äthiopien über die Jahre zu arbeiten begannen, sind CARITAS Feldkirch, Kofinanzierungsstelle (KFS), Entwicklungshilfe-Klub, Hope 87, Aktion Regen, CARE-Österreich, Rotes Kreuz, Christoffel Blindenmission –



heute „Licht für die Welt“ – oder MSF-Ärzt\_innen ohne Grenzen. Die Entwicklungshilfeleistungen dieser Organisationen sind kleiner dimensioniert und werden durch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise weiteren internationalen Gebern (teil)finanziert. (Vgl. ÖFSE 2002: 24)

Weitere NGOs, die sich in Äthiopien engagierten beziehungsweise immer noch engagieren sind Malteser Hospitaldienst Österreich (MHDA), ÖFK, die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO) und die Diakonie Österreich (vgl. ÖFSE 2002: 25).

Von der äthiopischen Regierung wird großen Wert darauf gelegt, dass die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen mit den Prioritäten und Zielen im Bereich der Entwicklung der Zentralregierung und der Regionalverwaltungen sowie mit den Bedürfnissen der äthiopischen Bevölkerung übereinstimmen. Aus diesem Grund verabschiedete die äthiopische Regierung Ende der 2000er Jahre ein Gesetz zur Registrierung von NGOs, die in Äthiopien im Entwicklungsbereich tätig sind, das *Charities and Societies Proclamation Law*<sup>3</sup> und erschwert damit, wie man im zweiten Teil des Artikels sehen kann, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen auf vielfältige Weise. (Vgl. ÖFSE 2009: 15)

---

<sup>3</sup> Charities and Societies Proclamation No.621/2009, <http://www.refworld.org/docid/4ba7a0cb2.html>, 20.11.2017

### **3. Hürden der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien**

Den ersten Teil meiner Arbeit habe ich der Aufarbeitung geschichtlicher Ereignisse zwischen Österreich und Äthiopien gewidmet. Wie man anhand dieser Kapitel sehen konnte, gibt es eine sehr lange Tradition diplomatischer, wirtschaftlicher, kultureller und entwicklungspolitischer Verbindungen zwischen diesen beiden Ländern. Doch so pflegeleicht und problemlos, wie sich die bisherigen bilateralen Beziehungen zwischen Äthiopien und Österreich dargestellt haben, scheint die momentane Verbindung zwischen ihnen nicht zu sein – zumindest nicht, wenn man den politischen Arbeitsbereich österreichischer Entwicklungsorganisationen genauer betrachtet.

Verschiedene Quellen berichten, oft nur sehr knapp, dass es vermehrt Spannungen in der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der äthiopischen Regierung sowie internationalen Entwicklungsorganisationen beziehungsweise deren Entwicklungsarbeiter\_innen gibt. Somit habe ich den zweiten Teil meiner Arbeit dem Thema 'Hürden der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien' gewidmet und mehrere Interviews mit Expert\_innen verschiedener österreichischer Organisationen (sowohl privater Nichtregierungsorganisationen als auch staatlicher Entwicklungsorganisationen) zum Thema Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien durchgeführt.

Sehr spannend war es, herauszufinden, was ihr Eindruck von der Situation ist und somit betrafen meine Fragen an die von mir interviewten Personen

- a) den Grund für die Auswahl Äthiopiens als Schwerpunktland,
- b) welche Probleme es in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung im Bereich der Entwicklungs-zusammenarbeit gibt,
- c) wie sich die Arbeit in der Zeit des Ausnahmezustands gestaltet hat und
- d) welche Rolle die äthiopische Regierung im Entwicklungszusammen-arbeitsbereich hat sowie
- e) wie sich die Vorgehensweise der äthiopischen Regierung von der Zusammenarbeit mit Regierung anderer sogenannter Entwicklungsländer unterscheidet.

Darüber hinaus habe ich nach den 'Regeln' für die Nichtregierungsorganisationen, die in Äthiopien tätig sind, gefragt sowie nach konkreten Beispielen für Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung, wie die Bevölkerung Äthiopiens gegenüber Entwicklungsprojekten internationaler NGOs eingestellt ist und ob auch für

Österreich die Beendigung der Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien eine Option darstellt.

Bevor ich zur Analyse meiner Interviewergebnisse komme, muss noch gesagt werden, dass manche meiner Interviewpartner\_innen nur anonym bereit waren, kritischere Punkte betreffend die äthiopische Regierung anzusprechen. Auch allgemein merkte ich während der Interviews, dass sehr genau darauf geachtet wurde, was an wen preisgegeben wird und wo diese getätigten Aussagen aufscheinen werden. So war zum Beispiel dies eine Aussage eines Interviewpartners: „Ja, anonym. Ist wichtig, eigentlich eher aus dem Schutz für unsere Kollegen in Äthiopien.“ (Interviewpartner\_in 1 2017: 9)

Die Probleme und Schwierigkeiten, die es in der Zusammenarbeit mit Äthiopien gibt, sind vielschichtig. Einige davon lassen sich auf die Verhaltens- bzw. Vorgangsweise der äthiopischen Regierung zurückführen. Ein großer und bedeutender Punkt, der die Zusammenarbeit zwischen österreichischen Entwicklungsorganisationen und der äthiopischen Regierung schwierig macht, ist die rigide und zentralistische sowie menschenrechtsverletzende Einstellung der Machthaber Äthopiens. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 65, 206)

Sarah Vaughan und Kjetil Tronvoll analysierten im Jahr 2003 in ihrer Arbeit '*The Culture of Power in Contemporary Ethiopian Political Life*', die von SIDA<sup>4</sup> in Auftrag gegeben wurde, die Machtverhältnisse in Äthiopien. Sie schreiben: „Ethiopian's human rights record under EPRDF is a clear improvement upon the nadir it had reached under the Dergue regime, particularly the Red Terror period of the late 1970s. A decade after EPRDF came to power, however, human rights violations occur throughout the country, and are sometimes very grave. Detentions without trial, torture, 'disappearances' and extra-judicial executions are regularly reported by international and national human rights monitoring organisations.“ (Vaughan, Tronvoll 2003: 18f). Zu einem ähnlichen Schluss kommt eine\_r von mir interviewte\_r Mitarbeiter\_in im EZA-Bereich, der\_die in Äthiopien tätig ist und meint, dass die Schwierigkeiten mit der äthiopischen Regierung im Hinblick auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit nach den Wahlen im Jahr 2005 begonnen haben. Zuvor war die Regierung „viel lockerer und viel offener [...]“, danach seien die äthiopischen Machthaber „immer zentraler und rigider geworden [...]“. (Interviewpartner\_in 2 2017: 65)

---

<sup>4</sup>Swedish International Development Cooperation Agency, Schwedens staatliche Entwicklungsorganisation

In Äthiopien gestaltet sich die Lage so, dass vom Zentrum, sprich der äthiopischen Regierung, vorgegeben wird, welche Ziele in welchen Sektoren erreicht werden müssen. Diese Ziele werden im oberen Bereich der Hierarchie beschlossen und müssen genau so auch am Ende der Hierarchiekette umgesetzt werden. Die Regierung verfolgt somit einen starken Top-Down Entwicklungsprozess, mit starker Zielorientierung aber auch starken hierarchischen Strukturen. (Vgl. Interviewpartner\_in 4 2017: 39ff) Ob das „unten, im Kontext, im lokalen und regionalen Kontext dann wirklich Prioritäten sind, wird nicht gefragt [...].“ (Interviewpartner\_in 2 2017: 69)

Dem Wortlaut nach hat Äthiopien eine dezentrale Verfassung, das heißt, dezentrale Strukturen. Die Realität schaut aber so aus, dass alles durch den Parteiapparat bestimmt wird, auch wenn es eigentlich vor Ort nicht richtig umsetzbar ist (vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 76). Und diese Zentralität ist auch der Grund dafür, dass es von Seiten der österreichischen Entwicklungsarbeiter\_innen keine Mechanismen gibt, gegen diesen Prozess der hierarchischen Zielsetzung ohne Kontextgebundenheit gegen zu steuern.

Schwierig wird die Zusammenarbeit auch in Bezug auf die Budgetverteilung. Durch die vorherrschenden rigiden Strukturen, die sehr vertikal sind, werden auch die Budgets von der Zentrale festgesetzt (vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 111).

Und das mit dem Budget ist dieselbe hierarchische Vorgehensweise wie mit den Zielen. Durch die rigide Vorgabe und Einteilung der finanziellen Mittel durch die Regierung, kommen die Sektoren, die den äthiopischen Bürger\_innen wichtig erscheinen, zu kurz. So besteht zum Beispiel eine große Dringlichkeit im Wasserbereich. Die Bevölkerung sieht und vor allem merkt das, dennoch hat die äthiopische Regierung vor allem den Ausbau des Gesundheits- und Bildungsbereichs fokussiert. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 78f)

Auch Sarah Vaughan und Kjetil Tronvoll betrachten die exzessive Kontrolle der äthiopischen Regierung über wichtige Ressourcen, wie Land, Budget, Infrastruktur und so weiter, sowie den gerechten Zugang zu diesen Ressourcen mehr als kritisch. Vor allem auch deswegen, weil Ungerechtigkeit bezüglich Zugang zu Land in der Geschichte Äthiopiens die häufigste Ursache für Konflikte und Unruhen darstellt. (Vgl. Vaughan, Tronvoll 2003: 11)

Obwohl die Regierung die strukturellen Probleme ihres Landes, wie zum Beispiel Wasserknappheit, sehr wohl sieht, ist es schwer, einen Dialog mit ihren Vertreter\_innen zu führen und dort anzusetzen, wo gerade in diesem Moment etwas getan werden muss. Diese starre Haltung der äthiopischen Regierung ist auf die geschichtliche Erfahrung zurückzuführen. Äthiopien war das einzige Land Afrikas, welches es schaffte, sich über die

Kolonialzeit seine Eigenständigkeit zu bewahren. Auf diese Errungenschaft sind die Äthiopier\_innen sehr stolz. Stolz darauf, sich zu isolieren beziehungsweise 'nach außen hin abzuschirmen'. Aber auch Mentalität, Kultur, Politik und Religion haben bezüglich Verhaltensweise der äthiopischen Regierung eine tragende Rolle. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 95ff)

Zudem wird laut Interviewpartner\_in alles, was aus dem Ausland kommt, sehr kritisch betrachtet. Dies führt auch sie zurück auf den Stolz der Äthiopier\_innen, das einzige Land Afrikas zu sein, das nie kolonisiert wurde. Das trifft vor allem auf die Regierung sowie die urbane, gebildete Bevölkerung zu, denn diese haben ein starkes Bewusstsein dafür, wie Äthiopien international gesehen wird. 'Trotziger Stolz' spielt da eine Rolle, sie sehen sich als die Wiege der Menschheit mit viel kultureller Geschichte und merken allerdings, dass dies auf internationaler Ebene nicht wahrgenommen wird. Von ihnen wird der 'Einfluss von außen' als sehr problematisch gesehen. Anders gestaltet es sich bei der ländlichen Bevölkerung. Hier geht es um die Befriedigung von Grundbedürfnissen. Von wem Hilfe dabei geboten wird, ob von der äthiopischen Regierung oder von internationalen Hilfsorganisationen, ist den Leuten, die in den ländlichen Gebieten zu Hause sind, egal. (Vgl. Interviewpartner\_in 4 2017: 66-88)

Schwierig gestaltet sich die Zusammenarbeit in der Entwicklungsarbeit auch, wenn es um die Themen Zivilgesellschaft und Menschenrechte geht. Nicht nur, dass die äthiopische Regierung anscheinend eine andere Auffassung als die sogenannte 'westliche Welt' hat, wenn es um '*citizen engagement*' geht, so erschwert sie durch das NGO-Gesetz bzw. durch das '*charity association law*' auch noch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen.

Aber zunächst einmal zum unterschiedlichen Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement. „Wir reden von '*citizen engagement*', politischer Partizipation und die Regierung sieht's primär als '*contribution*' der Bevölkerung [...].“ (Interviewpartner\_in 2 2017: 285f)

Wo sogenannte 'westliche Entwicklungsarbeiter\_innen' Mitbestimmung, Achtung der Menschenrechte, Mitgestaltung, Inklusion, gehört werden und solches als '*citizen engagement*' verstehen, da verstehen äthiopische Regierungsmitglieder (finanzielle) Hilfestellungen der Äthiopier\_innen beim Bauen von Schulen oder Straßen. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 286-288)

Den Nichtregierungsorganisationen werden von Seiten der äthiopischen Regierung Steine in den Weg gelegt. Zum Beispiel ist da das NGO-Gesetz, die *Charities and Societies Proclamation No. 621/2009*, das für Nichtregierungsorganisationen gilt. Darin hat die

Regierung Äthiopiens einige Regelungen getroffen, wie zum Beispiel, dass diese NGOs gar kein beziehungsweise kaum 'ausländisches' Geld annehmen dürfen. Das ist sehr problematisch, denn laut einer von mir interviewten Person ist Äthiopien „so arm, das heißt, lokal werden sie kaum was kriegen [...].“ (Interviewpartner\_in 2 2017: 121f) Dadurch sind die Entwicklungsarbeiter\_innen in ihrem Tätigkeitsfeld sehr eingeschränkt. Eine andere Regelung in diesem Gesetz betrifft die Verwendung des Budgets der Nichtregierungsorganisationen. Es ist zum Beispiel ebenfalls festgesetzt, dass sie lediglich 30 Prozent ihres EZA-Kapitals für administrative Tätigkeiten, sprich Evaluierung, Monitoring, etc. verwenden dürfen: „Das heißt, sie können nicht einmal Strukturen, professionelle Strukturen aufbauen [...]. Advocacy, Menschenrechtsarbeit, ist eigentlich ein Tabu.“ (Interviewpartner\_in 2 2017: 123f).

Mit diesem NGO-Gesetz kann die Regierung auch bestimmen, welche NGO eine neue Lizenz bekommt und damit weiterarbeiten darf. Was bedeutet, dass sie sich den Regelungen und Wünschen der äthiopischen Regierung immer fügen müssen. Auch wenn die NGO-Mitarbeiter\_innen bei der Umsetzung sehen, dass nicht das gewünschte Ziel erwirkt wird, werden sie dies in den seltensten Fällen darlegen, da sonst ein Verlust der Arbeitslizenz droht. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 130)

Auch ein\_e andere\_r EZA-Mitarbeiter\_in in Äthiopien erwähnte im Gespräch, dass die äthiopische Regierung gerade bei Nichtregierungsorganisationen sehr restriktiv vorgehe. Nicht nur das NGO Gesetz mit sehr rigiden Vorgaben oder die Lizenzverteilung wird verwendet, um die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen von staatlicher Stelle her zu kontrollieren. Dafür wird ebenfalls die Visapolitik herangezogen, denn auch hier haben die NGOs in Äthiopien einen sehr schweren Stand. Man erzählte mir von einem Fall einer Kollegin, die kürzlich nach Äthiopien gereist ist, um ein Praktikum bei einer Nichtregierungsorganisation zu absolvieren. Innerhalb von 15 Tagen musste sie wieder ausreisen: „Da war jetzt nichts Spezielles mit der Person oder was sie gemacht hat, einfach sehr willkürlich.“ (Interviewpartner\_in 4 2017: 34f) Ebenso willkürlich wechseln sie den NGOs auf lokaler Ebene das Gegenüber von Projekten aus. So wird oft beispielsweise der zuständige lokale Beamte für Gesundheit alle paar Monate ausgetauscht. Dadurch ist keine stabile Beziehung gewährleistet und das macht das gemeinschaftliche Arbeiten schwieriger. (Vgl. Interviewpartner\_in 4 2017: 115-118)

Bei all dem geht es allerdings nicht darum, dass die Regierung Äthiopiens in die Fähigkeiten der Nichtregierungsorganisationen und ihre Mitarbeiter\_innen kein Vertrauen setzt. Sehr wohl sieht die Regierung dieses Know-How der NGOs und sie wollen auch, dass dabei etwas Produktives herauskommt. (Vgl. Interviewpartner\_in 4 2017: 74f)

Allerdings soll alles was geschieht über Regierungsstellen laufen, damit diese die Kontrolle über alle Vorgänge haben und behalten: „The Ethiopian government policy environment of the last decade has involved strict regulation and monitoring of the proliferating national and international NGOs, curbing their income-generating, commercial, and autonomous activities, and requiring that they work increasingly through government structures.“ (Vaughan, Tronvoll 2003: 20)

Eine solche Kontrolle und Leitung von Seiten der Regierungen kann durchaus positiv sein – wenn sie dies im Sinne und Interesse der eigenen Bevölkerung tut. Doch das ist, wie man zum Beispiel anhand der bereits erwähnten Verletzungen von Menschenrechten oder der Korruptionsaffären sowie an Investitionen, die aus Sicht der Bevölkerung keine Priorität haben, erkennen kann, in Äthiopien nicht der Fall. Natürlich ist Äthiopien diesbezüglich kein Einzelfall, was auch die interviewten Personen bestätigten (siehe zum Beispiel Interviewpartner 1 2017: 89).

Zeit ist ebenfalls ein Faktor, der die österreichisch-äthiopische Zusammenarbeit erschwert. Laut einem\_ bzw. einer\_ Interviewpartner\_in merkt man, dass häufig unterschätzt wird, wie lange es dauert, unter der äthiopischen Regierung beziehungsweise mit ihr Projekte umzusetzen. Wenn man mit der Regierung zu tun hat, weiß man zum einen oft nicht, an welcher Stelle die Entscheidungen getroffen werden. Zum anderen stehen auch hier die hierarchischen Strukturen im Weg, denn die Regierungsleute, zu denen man als Entwicklungsarbeiter\_in Zugang hat, wollen einem nichts versprechen oder genehmigen, weil sie selbst nicht wissen, ob das 'oben' akzeptiert oder genehmigt wird. Diese, wie es eine interviewte Person nennt, 'Unsicherheit bei den Regierungsleuten' sowie die hierarchischen Strukturen verlangsamen den ganzen Prozess, machen die Zusammenarbeit schwierig und 'Entscheidungsträger' unantastbar. Somit ist der Prozess der Projektumsetzung langatmig und bei 2 oder 3-Jahres Programmen reicht dann oft die Zeit nicht mehr, die Projekte auch tatsächlich zu verwirklichen. (Vgl. Interviewpartner\_in 4 2017: 57-64)

Neben der knappen Zeit bereitet die Zusammenarbeit österreichischer NGOs mit äthiopischen Genossenschaften ab und an Probleme. So gut wie jedes Dorf in Äthiopien ist als Genossenschaft organisiert. Und das Management beziehungsweise die Managementkomitees der Genossenschaften sind ganz oder zur Hälfte politisch besetzt. Will man jetzt zum Beispiel ein landwirtschaftliches Entwicklungsprojekt durchführen, so ist man sofort Teil des politischen Geschehens. Es gibt Genossenschaften, mit denen die gemeinsame Arbeit gut klappt. Aber es gibt auch Genossenschaften mit Missmanagement oder Geldunterschlagungen. Ein konkretes Beispiel hierfür wäre die

Düngemittelverteilung. Die Genossenschaften bestellen bei der Zentralregierung sehr viel Düngemittel, weil es für die Regierung ein positives Zeichen in Bezug auf die Landwirtschaft darstellt. Das Düngemittel kommt dann in Lager, weil auf der einen Seite falsch gewirtschaftet und zu viel bestellt wurde und weil auf der anderen Seite sich viele Bäuerinnen und Bauern das Düngemittel überhaupt nicht leisten können. In den Lagerstätten wird es mit der Zeit unbrauchbar und nimmt zudem Platz weg, den man zum Beispiel zur Einlagerung des Getreides benötigen würde: „Das ist ein ganz konkretes Beispiel, wo [...] die Politik in Äthiopien [...] in Development Programme reinfunkt und zum Negativen verändert.“ (Interviewpartner\_in 1 2017: 48-75)

Missmanagement und Korruption sind dabei natürlich nichts speziell äthiopisches, allerdings sind in Äthiopien schon einige Genossenschafter bis hin zu ganzen Genossenschaftsverbänden der Korruption überführt worden. Passiert ist dann aber nichts weiter, entweder handelte es sich dabei um ranghohe Personen oder es steckten machtpolitische beziehungsweise parteipolitische Interessen dahinter. (Vgl. Interviewpartner\_in 1 2017: 89-101). Hilfreich dabei ist auf jeden Fall, dass Angehörige der Regierungspartei in Äthiopien alle politischen Ämter, Militärführung sowie Polizeistellen besetzen: „The fact that local militia, police, prosecutors, and judges are often part of the same party hierarchy which has dominated such powerful officials, seems to have contributed to the instances of abuse of power by local officials. Many have enjoyed effective impunity vis-à-vis the state, and little social sanction from community and constituents.“ (Vaughan, Tronvoll 2003: 18) Dabei ist die Besetzung von politischen und administrativen Positionen durch Mitglieder der regierenden Partei nichts Außergewöhnliches. Wie Vaughan und Tronvoll allerdings im oben angeführten Zitat kritisieren, hat die dadurch gebündelte Macht den Machtmissbrauch seitens von Regierungsmitgliedern in Äthiopien verstärkt.

Wenn jemand die Macht hat, Geldströme zu steuern, dann wird er\_ oder sie\_ dies eher dorthin lenken, wo es für ihn\_ oder sie\_ nützlich ist. Darum sollte, um die Entwicklungszusammenarbeit effektiver zu gestalten, auf jeden Fall auch in diesem Bereich eine Veränderung stattfinden, denn „je weniger es Aufsicht gibt gegenüber diesen Organisationen oder je weniger es rechtliche Konsequenzen gibt, desto mehr grassiert die Korruption.“ (Interviewpartner\_in 1 2017: 92-94).

Auch wenn der Ausnahmezustand in Äthiopien seit Anfang August 2017 wieder aufgehoben ist, hat dieser lange Zeitraum spezieller Bedingungen die Arbeit von Entwicklungsorganisationen deutlich erschwert und verzögert: es gab Schwierigkeiten, die existierenden Programme zu begleiten. Themen, über die man untereinander reden durfte



wurden eingeschränkt sowie der physische Bewegungsradius von NGO Mitarbeiter\_innen von der Regierung begrenzt. (Vgl. Interviewpartner\_in 3 2017: 193-237)

Auch eine gewisse Beratungsresistenz seitens der äthiopischen Regierung führt zu einer verringerten Wirksamkeit von sogenannten Entwicklungsprojekten. Ein\_e Mitarbeiter\_in im Entwicklungszusammenarbeitsbereich erzählte mir kurz von einem Fall: Sie arbeiteten zusammen mit der Regierung Äthiopiens an einem Projekt im Simien Mountain Nationalpark in Gondar. Aufgrund von Projektevaluierungen zeigen sich hier viele positive Veränderungen, „allerdings hätte mehr passieren können, wenn die Regierung nicht so beratungsresistent gewesen wäre, wenn sie [...] gehört hätte.“ (Interviewpartner\_in 4 2017: 112-114)

Ein\_e andere\_r EZA-Mitarbeiter\_in nannte es im Gespräch mit mir nicht 'beratungsresistent' allerdings kommt auch diese Person zu dem Schluss, dass in Anbetracht dessen, wie viele Milliarden Euro und Dollar nach Äthiopien geflossen sind, mehr Entwicklung stattfinden hätte können. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 99f) Wie man ‚Entwicklung‘ messbar macht ist etwas, das überaus heikel ist und breit diskutiert wird. Darauf, was sie unter ‚mehr Entwicklung‘ versteht, ist die interviewte Person nicht näher eingegangen.

Um bei der äthiopischen Regierung etwas bewirken zu können „ist entscheidend, wie viel Geld dahintersteckt. Und das ist bei Österreich im internationalen Vergleich nicht groß.“ (Interviewpartner\_in 4 2017: 118-121).

Allerdings hat jede Medaille zwei Seiten, so auch die Eigenständigkeit der äthiopischen Regierung. Im Rahmen der *Paris Declaration* mit dem Prinzip des 'Ownership' ist es positiv zu sehen, dass die äthiopische Regierung eine sehr klare Vorstellung davon hat, was für Bereiche in ihrem Land zu verändern sind und wie diese Veränderungen angegangen werden sollen. So sind viele positive Veränderungen in Äthiopien passiert, wie sich zum Beispiel an den Ergebnissen der *Millenium Development Goals* (MDG) sehen lässt. Und das nicht nur, weil die sogenannten 'Geber' einiges an Finanzierung übernommen haben, sondern eben auch weil die äthiopische Regierung im Leadership war und Projekte in ihrem Sinne umgesetzt hat beziehungsweise von EZA-Organisationen verlangten, nach den Regierungsvorstellungen zu arbeiten. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 44-49) Sehr viele österreichische EZA-Organisationen beziehungsweise Mitarbeiter\_innen sind allerdings vor allem aufgrund des vor einigen Jahren etablierten NGO-Gesetzes mit der Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien nicht glücklich. Dieses Gesetz bedeutet für internationale Organisationen ein Mehr an Arbeit sowie starke Einschränkungen und

Kontrollen in ihrer Arbeit. (Vgl. Interviewpartner\_in 3 2017: 237)

Somit ist es im Gespräch mit österreichischen Organisationen und EZA-Mitarbeiter\_innen sehr schwer, mehr positive Aspekte an der Haltung der äthiopischen Regierung im EZA-Bereich zu finden. Für einen anderen Blickwinkel wäre es ratsam, äthiopische EZA-Organisationen und Mitarbeiter\_innen, Äthiopier\_innen oder auch äthiopische Regierungsmitglieder zur Sachlage zu interviewen, was allerdings im Rahmen dieser Arbeit sowie auf Grund der momentan angespannten Situation zwischen internationalen Organisationen und äthiopischer Regierung nicht machbar war.

Aufgrund der vielschichtigen Probleme oder Schwierigkeiten, die es in der Zusammenarbeit zwischen Äthiopien und Österreich gibt, habe ich mich auch gefragt, wie es mit der Zusammenarbeit weitergehen wird beziehungsweise wie man mit diesen Hürden in Zukunft umgehen will. Dass es keine Beendigung der Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien geben wird, darüber sind sich alle interviewten Expert\_innen einig. Nicht jedoch in der Art und Weise, wie der Umgang mit diesen Hürden in Zukunft aussehen wird. Bei einer großen, österreichischen Entwicklungsorganisation gab es Überlegungen, wie sich die Zusammenarbeit anders gestalten lässt, zum Beispiel, dass man weniger Geld über die äthiopische Regierung fließen lässt und eher direkte Geldflüsse fördert. Die von mir interviewte Person meint, dass unter Mitarbeiter\_innen der Organisation durchaus diskutiert wurde, ob man mit einem Land im Ausnahmezustand, welches Menschenrechte verletzt, Leute einsperrt oder in Umerziehungslager schickt, direkt weiterarbeiten kann. Für das Jahr 2017 hat sich das Team (ohne dass es diesbezüglich einen politischen Auftrag gegeben hätte) dazu entschlossen, keine Projekte mehr über die Regierung zu führen, sondern nur mit größeren Projekten der *United Nations* oder der Weltbank zusammen zu arbeiten. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 204-224)

Eine große österreichische NGO verhält sich in diesem Fall anders: „Also unser Ansatz ist eher der Umgekehrte. Je weiter, dass wir runterkommen zu den grassroots und je weiter, dass wir runterkommen zu der lokalen, betroffenen Bevölkerung, desto sicherer können wir sein, dass unser Geld tatsächlich auch sozusagen was bewirken kann [...]. Und je mehr man sozusagen übergeordnete Ebenen auslassen kann, desto mehr, sag ich mal, sind wir auf der sicheren Seite.“ (Interviewpartner\_in 1 2017: 114-119)

Die Einen werden den Schwierigkeiten zukünftig also damit entgegentreten, dass sie sich mit großen Projektträgern wie Weltbank oder UNO zusammentun, während die Anderen versuchen werden, so viel wie möglich direkt mit der äthiopischen Bevölkerung zu arbeiten.

Was diese zwei Arbeitsweisen auf jeden Fall gemein haben, ist, dass versucht wird, den Weg über die äthiopische Regierung zu meiden.

#### **4. Zusammenfassung**

In der Geschichte Äthiopiens gab es die letzten Jahrzehnte über immer wieder Veränderungen, lediglich die vielschichtigen Beziehungen zu Österreich blieben dabei konstant und 'überlebten' Militärregime, Weltkriege und Ausnahmezustände.

Trotz der vielen Erfahrungen durch die langjährige Tätigkeit, auf die die österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Äthiopien blicken kann, gibt es immer wieder Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Gerade aktuell ist die rigide Haltung der Regierung, die Kontrolle will und dafür zum Teil Menschenrechte und Pressefreiheiten ignoriert, die zum Teil abwehrend auf Beratung und Hilfe reagiert und durch Gesetze die Arbeit von Hilfsorganisationen verlangsamt oder gar unmöglich macht.

Trotz all der Hürden, die vor allem seit 2005 auftauchten und die Arbeit von Entwicklungsorganisationen und Entwicklungsarbeiter\_innen erschweren, scheint die Beendigung der Zusammenarbeit mit Äthiopien und der äthiopischen Bevölkerung keine Option für Österreich darzustellen. Entgegen dem Weg, den Deutschland für sich gewählt hat, nämlich keine neuen Regierungsverhandlungen mehr aufzunehmen, gehen österreichische Organisationen auf verschiedene Art und Weisen damit um, von der Option weniger Geld über Regierungswege fließen zu lassen bis hin zur Beendigung eigener Projekte und Fokussierung auf die Zusammenarbeit mit UN oder Weltbank Projekten. (Vgl. Interviewpartner\_in 2 2017: 209-223)

Spannend wäre auch, sich im Zusammenhang mit den Problemen, die sich bei der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsorganisationen und äthiopischer Regierung ergeben, das sehr umfangreiche NGO-Gesetz genauer anzusehen, welches die Regierung Äthiopiens für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen angefertigt hat. Was beinhaltet dieses Gesetz genau und welche möglichen Auswirkungen haben die darin enthaltenen Regelungen für die Wirkweise von Entwicklungsprojekten? Ebenso wäre es interessant, sich mit österreichischen Entwicklungsarbeiter\_innen vor Ort zu unterhalten. Wie sehen sie die Lage? Welche Probleme tauchen in ihrer täglichen Arbeit auf und behindern Wirkungsweisen und Erfolge? Wie reagieren sie ad hoc auf Schwierigkeiten mit der äthiopischen Regierung? Allerdings ist ein solches Gespräch mit Mitarbeiter\_innen in Äthiopien, wenn man den Aussagen der von mir interviewten Personen Glauben schenken darf, ein schwieriges und auch gefährliches Unterfangen. Auch würde dies den vorgegebenen Rahmen sprengen, wäre aber eventuell für eine weitere, tiefergehende Analyse interessant.

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich die aktuellen Probleme aufzeigen, die es auf

entwicklungspolitischer Ebene mit Äthiopien gibt. Diese Aufzählung soll dabei auf keinen Fall wertend sein. Im Sinne des 'Ownership' der *Paris Declaration* als auch von Seiten der Geber wird eine Eigenständigkeit und eine tragende Rolle bei der Mitgestaltung und Mitbestimmung von Entwicklungsprojekten sehr befürwortet (vgl. Interviewpartner 1 2017: 34f). Ebenso ist die Bewahrung der lange und erfolgreich verteidigten Eigenständigkeit ein zentraler Punkt in der Geschichte Äthiopiens, der hier nicht unberücksichtigt bleiben sollte. Die Arbeit soll die Probleme der Zusammenarbeit aufzeigen, um in Zukunft an einem neuen Weg der Gemeinsamkeit zu arbeiten, der mehr von Partizipation und weniger von Hierarchie geprägt ist.

## 5. Literatur- & Quellenverzeichnis

### Literatur

- Agstner, R. (2007): The relations between Austria and Ethiopia 1850-2007. In: Agstner, R.: Austrian Embassy Addis Abeba Occasional Paper. The Austrian-Ethiopian Millennium Reader. Addis Abeba: Central Printing Press, 3-89.
- Austrian Development Agency (2016): Länderinformation Äthiopien. In: [http://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Laenderinformationen/LI\\_AEthiopien\\_Nov2016.pdf](http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Laenderinformationen/LI_AEthiopien_Nov2016.pdf). (Letzter Zugriff: 20.7.2017).
- Benzing, B.; Wolde-Giorgis, K. (1980): „Das neue Äthiopien“. Vom Kaiserreich zur Revolution. Darstellung und Dokumente. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.
- derStandard (2004): Die älteste Spur in Äthiopien. In: <http://derstandard.at/1857302/Die-aelteste-Spur-in-Aethiopien>. (Letzter Zugriff: 13.11.2017).
- Fischer, B.; Wolf, M. (2009): Leitfaden zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch. In: [https://transvienna.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/z\\_translationswiss/Studium/Wissenschaftliches\\_Arbeiten/Geschlechtergerechtes\\_Formulieren\\_FischerWolf.pdf](https://transvienna.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/z_translationswiss/Studium/Wissenschaftliches_Arbeiten/Geschlechtergerechtes_Formulieren_FischerWolf.pdf) (Letzter Zugriff: 13.11.2017).
- ÖFSE (1995): Länderprofil Äthiopien. Wien: WUV.
- ÖFSE (2000): Länderprofil Äthiopien.  
<http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Laenderinfos/Aeth2000.pdf>. (Letzter Zugriff: 14.09.2017).
- ÖFSE (2002): Länderprofil Äthiopien.  
<http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Laenderinfos/aethiopo2.pdf>. (Letzter Zugriff: 03.10.2017).
- ÖFSE (2003): Länderprofil Äthiopien.  
<http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Laenderinfos/aethiop03.pdf>. (Letzter Zugriff: 14.09.2017).
- ÖFSE (2006): Länderprofil Äthiopien.  
<http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Laenderinfos/aethiopien.pdf>. (Letzter Zugriff: 03.10.2017).
- ÖFSE (2009): Länderprofil Äthiopien.  
<http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Laenderinfos/aethiopien09.pdf>. (Letzter Zugriff: 03.10.2017).

ÖFSE (2017): Länderinformation Äthiopien.

<http://www.oefse.at/service/laender/aethiopien/kultur.htm>. (Letzter Zugriff: 12.09.2017).

Vaughan, S.; Tronvoll, K. (2003): The Culture of Power in Contemporary Ethiopian Political Life. Sidastudies Nr. 10.

<http://www.sida.se/globalassets/publications/import/pdf/en/the-culture-of-power-in-contemporary-ethiopian-political-life.pdf>. (Letzter Zugriff: 03.10.2017).

ZEIT ONLINE (2016): Äthiopische Regierung verhängt Ausnahmezustand.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/aethiopien-angela-merkel-besuch-ausnahmezustand>. (Letzter Zugriff: 15.10.2017).

### **Interviews**

Interviewpartner\_in 1 (2017): Persönliches Interview, geführt von Verfasser\_in.

Wien, 19.9.2017.

Interviewpartner\_in 2 (2017): Persönliches Interview, geführt von Verfasser\_in.

Wien, 13.9.2017.

Interviewpartner\_in 3 (2017): Persönliches Interview, geführt von Verfasser\_in.

Wien, 13.9.2017.

Interviewpartner\_in 4 (2017): Gedankenprotokoll basierend auf einem Telefonat, geführt von Verfasser\_in. Wien, 31.8.2017.

Interviewpartner\_in 5 (2017): Mailverkehr, geführt von Verfasser\_in. Wien, 03.09.2017.

### **Primärquelle:**

Ethiopian Charities and Societies Proclamation: Federal Negarit Gazeta – Federal Democratic Republic of Ethiopia, no 15/25, 13th February, 2009

<http://www.refworld.org/docid/4ba7a0cb2.html>